



Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Hunderte Kollektivverträge und tausende Betriebsvereinbarungen machen Arbeit flexibel.

Sie sorgen für gesunde Rahmenbedingungen. „Wir lassen nicht zu, dass die Betriebsvereinbarungen ausgehebelt werden. 12-Stunden-Tage darf es auch weiterhin nur mit Zustimmung des Betriebsrats geben, denn sie sorgen dafür, dass auch die ArbeitnehmerInnen etwas von der geforderten Flexibilität haben“, sagt Wolfgang Katzian (Vorsitzender, Österreichischer Gewerkschaftsbund).

Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heißt: Planbare Arbeit, Selbstbestimmung und Arbeitszeitverkürzung.

Warum ÖGB und Gewerkschaften den Regierungsvorschlag ablehnen: Die Arbeitszeit wird nicht flexibler, nur länger.

Im Vorschlag steht kein Wort zu Freizeit, Wahlmöglichkeit, langen Wochenenden:

- Bisher ist 12 Stunden arbeiten nur im Ausnahmefall möglich, dafür sind Betriebsvereinbarungen notwendig. Darin ist meist geregelt, dass man Überstunden ohne Begründung ablehnen kann, und in vielen Fällen bekommen die ArbeitnehmerInnen zusätzliche Freizeit.
- Künftig müssen sich die ArbeitnehmerInnen rechtfertigen, und die privaten Interessen werden mit den betrieblichen abgewogen.



- Bisher musste der Chef begründen, warum 12 Stunden notwendig sind, jetzt muss der/die ArbeitnehmerIn begründen, warum das nicht geht! Private Interessen (Familie, Freunde, Vereine, Erholung, ...) werden da nicht reichen.
- Auch Arbeit am Wochenende kann leichter angeordnet werden.

Die Regierung greift ins Geldbörstel der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer.

Viele ArbeitnehmerInnen werden deutlich weniger Überstundenzuschläge bekommen:

- Bei erhöhtem Arbeitsbedarf sind derzeit bis zu 60 Wochenstunden möglich – aber nur mit Betriebsvereinbarung. Betriebsräte setzen in diesen Vereinbarungen oft höhere Zuschläge oder längere Freizeitblöcke durch. Künftig gibt es auch für die 11. und 12. Stunde nur die gesetzlichen 50 Prozent Überstundenzuschlag. Die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte werden gestrichen.
- In Zukunft kann bei Gleitzeit an fünf Tagen in der Woche bis zu 12 Stunden zuschlagsfrei gearbeitet werden. Derzeit sind bei Gleitzeit höchstens 10 Stunden täglich möglich. Jede längere Arbeitszeit geht nur mit Zuschlägen. Somit ist künftig eine zuschlagsfreie 60-Stunden-Woche möglich. Das betrifft 1 Million ArbeitnehmerInnen.
- Sehr unsicher sind die Auswirkungen der Neuregelung bei All-in-Verträgen und Überstundenpauschalen. Es ist zu befürchten, dass damit für dasselbe Geld länger gearbeitet werden muss.

Mehr Informationen: www.neinzum12studentag.at



Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Hunderte Kollektivverträge und tausende Betriebsvereinbarungen machen Arbeit flexibel.

Sie sorgen für gesunde Rahmenbedingungen. „Wir lassen nicht zu, dass die Betriebsvereinbarungen ausgehebelt werden. 12-Stunden-Tage darf es auch weiterhin nur mit Zustimmung des Betriebsrats geben, denn sie sorgen dafür, dass auch die ArbeitnehmerInnen etwas von der geforderten Flexibilität haben“, sagt Wolfgang Katzian (Vorsitzender, Österreichischer Gewerkschaftsbund).

Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heißt: Planbare Arbeit, Selbstbestimmung und Arbeitszeitverkürzung.

Warum ÖGB und Gewerkschaften den Regierungsvorschlag ablehnen: Die Arbeitszeit wird nicht flexibler, nur länger.

Im Vorschlag steht kein Wort zu Freizeit, Wahlmöglichkeit, langen Wochenenden:

- Bisher ist 12 Stunden arbeiten nur im Ausnahmefall möglich, dafür sind Betriebsvereinbarungen notwendig. Darin ist meist geregelt, dass man Überstunden ohne Begründung ablehnen kann, und in vielen Fällen bekommen die ArbeitnehmerInnen zusätzliche Freizeit.
- Künftig müssen sich die ArbeitnehmerInnen rechtfertigen, und die privaten Interessen werden mit den betrieblichen abgewogen.



- Bisher musste der Chef begründen, warum 12 Stunden notwendig sind, jetzt muss der/die ArbeitnehmerIn begründen, warum das nicht geht! Private Interessen (Familie, Freunde, Vereine, Erholung, ...) werden da nicht reichen.
- Auch Arbeit am Wochenende kann leichter angeordnet werden.

Die Regierung greift ins Geldbörstel der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer.

Viele ArbeitnehmerInnen werden deutlich weniger Überstundenzuschläge bekommen:

- Bei erhöhtem Arbeitsbedarf sind derzeit bis zu 60 Wochenstunden möglich – aber nur mit Betriebsvereinbarung. Betriebsräte setzen in diesen Vereinbarungen oft höhere Zuschläge oder längere Freizeitblöcke durch. Künftig gibt es auch für die 11. und 12. Stunde nur die gesetzlichen 50 Prozent Überstundenzuschlag. Die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte werden gestrichen.
- In Zukunft kann bei Gleitzeit an fünf Tagen in der Woche bis zu 12 Stunden zuschlagsfrei gearbeitet werden. Derzeit sind bei Gleitzeit höchstens 10 Stunden täglich möglich. Jede längere Arbeitszeit geht nur mit Zuschlägen. Somit ist künftig eine zuschlagsfreie 60-Stunden-Woche möglich. Das betrifft 1 Million ArbeitnehmerInnen.
- Sehr unsicher sind die Auswirkungen der Neuregelung bei All-in-Verträgen und Überstundenpauschalen. Es ist zu befürchten, dass damit für dasselbe Geld länger gearbeitet werden muss.

Mehr Informationen: www.neinzum12studentag.at